Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 16,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 133. Freitag den 13. Mai 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nachdem wir beschlossen haben:

1) den als Fortsetzung der Albertstraße anzusehenden Theil der Straße V des südwestlichen Bebauungsplanes **vom Floßplatz bis zum Pleißenflusse** mit dem Namen

Albertstraße

zu benennen, sowie

2) den verlängerten Tract der **„Ulrichsgasse" von der Thalstraße bis zur Stephanstraße** mit dem Namen

Seeburgstraße

zu bezeichnen, so wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Leipzig, den 9. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Ass.

Bekanntmachung.

Längs des Grundstücks des ehemaligen Thorhauses an der **Dresdner Straße** soll der Fußweg mit Granitplatten und Schwellen belegt bez. mit Mosaiksteinen gepflastert werden und die damit verbundenen Steinmetz- und Steinsetzerarbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese **Arbeiten** liegen im Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Trottoirherstellung vor dem Dresdner Thorhause"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 21. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr abzugeben.

Leipzig, den 7. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Gewölbe-Vermiethung.

Das jetzige **Gewölbe** mit den anstoßenden **Comptoir- und Packräumen** der Papierhandlung in Firma: Ferd. Flinsch hier, **Paulinum**, Universitätsstraße Nr. 20 wird am **1. October** dieses Jahres **vermiethet** und soll von diesem Zeitpunkte ab, auf weitere **fünf Jahre** nach Befinden wieder im Ganzen oder in **zwei Gewölbe** getheilt und mit **Vorbauen** versehen, meistbietend vermiethet werden.

Reflectanten haben sich hierzu

Freitag, den 20. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr

im **Universitäts-Rentamte** (Paulinum) einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Die Licitationsbedingungen und Vorbauzeichnungen liegen daselbst zur Einsicht aus; auch bleibt dem Rentamte die Auswahl unter den Licitanten und die Entschließung in der Sache überhaupt vorbehalten.

Leipzig, am 12. Mai 1881.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Fernsprech-Anlage.

Diejenigen Firmen, welche die ihnen zugestellten, auf die Betheiligung an einer Fernsprech-Anlage bezüglichen **Fragebogen** noch nicht zurückgeschickt haben, werden hierdurch ersucht, dies gefälligst **bis zum 16. d. M.** nachzuholen. Nähere **Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Sache** wird auf dem Bureau der Handelskammer, Neumarkt 19, I, bereitwilligst ertheilt.

Leipzig, den 11. Mai 1881.

Für den Verkehrs-Ausschuß der Handelskammer.
Schnoor. Dr. Gensel, S.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 13. Mai.

Die augenblickliche Oede an inneren und selbst auswärtigen politischen Nachrichten wird von guten Beobachtern einer Windstille vor dem Sturm verglichen. Je weniger vorzugehen scheint, desto mehr bereitet sich vor, und man darf nicht überrascht sein, wenn noch einmal unmittelbar vor der todten Jahreszeit die Wolken auf allen Seiten sich zusammenballen sollten. So wenig offenen Widerspruch das französische Vorgehen in Tunis findet, so dürfte doch Deutschland ziemlich die einzige Macht sein, welche demselben ohne alles Mißtrauen zusieht. Ersichtlich hat dabei unser Land Nichts zu verlieren, und es hat gewiß nicht den Beruf, sich Frankreichs Kopf über die Schwierigkeiten zu zerbrechen, die möglicherweise daraus entstehen könnten.

Was Oesterreich und Rußland betrifft, so haben sie zwar zur Zeit und auf lange hinaus genug bei sich selber zu thun, aber sie sind doch auch beide so viel am Mittelmeer betheiligt, um das steigende Uebergewicht einer Macht auf demselben nicht so platonisch wie Deutschland anzusehen. Auch ist die Rolle, sich als Beschützer der Pforte aufzuführen, beiden geläufig genug, um in derselben hervor zu treten, wenn sich ein schicklicher Zeitpunct ergeben sollte. In England findet sich das gegenwärtige Cabinet zwar gleichfalls durch innere Schwierigkeiten so viel beschäftigt, um nicht leichthin eine auswärtige Verwickelung zu suchen, und ohne Zweifel spricht bei einem Theile seiner Mitglieder auch die politische Sympathie für die zeitige französische Regierung mit; so hat denn auch Unterstaatssecretair Dilke für die französische Drohung gegen türkische Kriegsschiffe in den tunesischen Gewässern alsbald eine Reihe von ähnlichen Fällen ins Feld geführt, die nach englischen Rechtsgrundsätzen beweisen müßten, daß die Sache in der Ordnung ist. Aber es wird sich eben fragen, ob nicht dieses Verhalten der liberalen Regierung unter Umständen gerade der Nagel zu ihrem Sarge werden könnte. Sie mag sich in diesem Augenblicke dem Geschick doppelt zu Dank verpflichtet fühlen, welches Gladstone von seinem großen Gegner befreit hat. Jedenfalls leistet die tunesische Frage den Sensationsmachern einstweilen den Dienst, die orientalischen Friedenspalmen nicht in den Himmel wachsen zu lassen, während zwischen Donau und Balkan der Sturm bereits wieder in vollem Anzuge ist. Aber es ist beruhigend, zu wissen, daß dies doch nur ein Sturm im Wasserglase ist.

Frankreich scheint dem Bey und der Pforte gegenüber allerdings vor keiner Consequenz zurückzuschrecken, wie seine mit wunderbarer Präcision abgefaßten diplomatischen Erklärungen beweisen. In dem vom Minister des Auswärtigen, Barthélemy St. Hilaire, unter dem 9. d. erlassenen Rundschreiben wird erklärt, daß die Politik der französischen Regierung Tunis gegenüber von dem Princip der absoluten Verpflichtung, die Sicherheit Algiers zu befestigen, geleitet werde. Das Circularschreiben weist auf die unausgesetzten Verletzungen an der Grenze von Ostalgier hin. Frankreich habe Dem gegenüber Geduld bis zu einem Grade gezeigt, der die ganze Welt in Erstaunen gesetzt habe. Die Abgrenzung zwischen Algier und Tunis sei niemals eine regelmäßige gewesen, es sei eine schwankende Grenze wie unter den Beys von Konstantine. Die Lücke werde ausgefüllt werden müssen. Der erste Zweck der Expedition sei daher die definitive Beruhigung der östlichen Grenze von Algier. Damit würde aber die Ordnung keineswegs hergestellt sein, wenn der Zustand in den Nachbargebieten ein fortgesetzt feindlicher und drohender bliebe.

„Wir fürchten nicht einen ernsten Angriff des Beys allein, aber die einfache Klugheit nöthigt uns, zu wachen über Zudringlichkeiten, von denen Derselbe bestürmt werden kann und welche nach den Umständen schwere Verlegenheiten für Algier herbeiführen könnten. Man müsse daher um jeden Preis in dem Bey von Tunis einen Alliirten haben, mit dem man sich loyal verständigen könne, man müsse einen Alliirten haben, der sich auch seinerseits wohlwollend zeige und fremden feindlichen Einflüssen nicht nachgebe. Wir haben seit vierzig Jahren zu erkennen gegeben, daß wir, wenn wir genöthigt sein sollten, zur Sicherheit des französischen Algier eine „präponderirende" Stellung in der Regentschaft Tunis einzunehmen, die Interessen anderer Nationen gewissenhaft respectiren würden."

Das Circular weist dann auf die Maßnahmen der tunesischen Regierung hin, die sich Frankreich gegenüber plötzlich geändert hätten aus Ursachen, auf die man delicater Weise nicht weiter eingehen könne; es sei ein lecker Krieg gegen alle französischen Unternehmungen in Tunis mit einem hartnäckigen Uebelwollen eingeleitet worden, der die gegenwärtige Situation herbeigeführt habe. Hiernächst wird hervorgehoben, daß Tunis ganz unabhängig von der Pforte und nur durch das Band der Religion mit derselben verbunden sei. Die Beys von Tunis hätten immer als unabhängige Souveräne gehandelt und seien als solche behandelt worden. Die Türkei selbst habe Das auch anerkannt, denn sie habe im Laufe des 18. Jahrhunderts die Verantwortung für das Piratenthum der Barbareskenstaaten abgelehnt, es könne daher kein Staunen erregen, daß Frankreich es ablehne, die Oberherrschaft der Pforte anzuerkennen. Wenn man den Bey von Tunis als einen einfachen Bali betrachten wolle, würde Frankreich die Frage an die Pforte richten können, warum dieselbe seit zwei Jahren den Bey nicht gehindert habe, sich Frankreich gegenüber so zu betragen, wie er gethan habe, und warum Nichts geschehen sei, um der gegenwärtigen Krisis vorzubeugen. Die jetzige Krisis müsse zu einem Vertrage führen, der sicherstelle gegen Einfälle an den Grenzen und gegen illoyale Umtriebe, für welche der Bardo oft genug das Werkzeug oder der Herd gewesen sei.

„Das ist der doppelte Zweck unserer Expedition und, ich scheue mich nicht es zu sagen, wir besitzen in Europa die allgemeine Billigung überall, wo unbegründete Voreingenommenheiten nicht die Geister verblenden. Wir sind voll Wohlwollen für die Pforte und für Tunis; Alles, was wir vom Bey verlangen, ist, daß er uns gegenüber nicht feindselig sei." Das Rundschreiben zählt schließlich die Wohlthaten auf, die Tunis Frankreich verdanke; weitere Arbeiten und Verbesserungen seien vorbereitet, alle civilisirten Nationen würden aus den von Frankreich verwirklichten Fortschritten Nutzen ziehen. Nichts stehe entgegen, daß Frankreich für Tunis ohne Eroberungen und ohne Kämpfe Das thue, was es in Algier thue, und Dasjenige, was seitens Englands in Indien geschehe. Es sei dies eine heilige Pflicht, welche der höheren Civilisation obliege weniger vorgeschrittenen Völkern gegenüber.

Die in Konstantinopel der Pforte zugestellte Protestnote erklärt ganz unverhüllt: „Frankreich sei gegenwärtig im Kriege mit einem Theile der tunesischen Bevölkerung. Jede Entsendung militairischer Streitkräfte seitens der ottomanischen Regierung nach Tunis würde als ein Act der Feindseligkeit betrachtet. Das französische Geschwader würde den Befehl erhalten, das türkische Geschwader auf seiner Fahrt aufzuhalten und sich durch Waffengewalt, auf welchem Puncte der Regentschaft es auch sei, zu widersetzen." Man darf darauf gespannt sein, wie die Pforte dieses Actenstück beantworten wird.

„Laß Dich nicht vom Schwarzen umgarnen!" Dieser Ruf kann der preußischen Regierung gegenüber nicht oft genug wiederholt werden, denn den Frieden, welchen die Regierung will, will die ultramontane Presse nicht. Selbst von den „Friedens- und Versöhnungsgedanken" des „heiligen Vaters", von denen der Papst angeblich gegen Preußen-Deutschland erfüllt ist, merkt man in den Caplansblättern Nichts. Anstatt das Verständigungswerk dadurch zu fördern, daß sie das Vertrauen der katholischen Bevölkerung zu der preußischen Regierung wecken und stärken, thun die Säuglinge des „Unfehlbaren" im Gegentheil Alles was in ihren Kräften steht, um ihre Leser noch mehr gegen den gottlosen Staat, diesen angeblichen Unterdrücker der h. Kirche, zu erbittern, die Kluft zwischen beiden nur noch mehr zu erweitern.

Einen der schändlichsten Hetzartikel bringt das Berliner Jesuitenblatt „Germania". Da wird nämlich in einer Correspondenz aus Hildesheim darüber geklagt, wie sich die Fälle von Jahr zu Jahr mehrten, „daß die katholischen Unterthanen im Staate Preußen auf dem Krankenlager hinsterben, ohne der sehnsüchtig verlangten letzten Tröstungen der h. Religion theilhaft geworden zu sein." Der Correspondent sagt darüber wörtlich:

Ich darf und kann auch wohl nicht ganz die Gefühle und Worte der Entrüstung wiedergeben, welche die Katholiken der Ortschaft Gr.-H. erfüllte, als jüngst aus ihrer Mitte wieder einer dahinsterben mußte, ehe der nunmehr nächste, aber doch weit entfernte Geistliche ihn mit den h. Sterbesacramenten versehen konnte. „Wir zahlen unsere Steuern gewissenhaft, wir vertheidigen unser Vaterland und unsern Kaiser, wenn es nöthig ist, mit Gut und Blut", so kann man oft genug das katholische Volk sagen hören, „und dafür gönnt man uns nicht mal, nach unserem Glauben zu leben und zu sterben!" Es ist weit gekommen, zum Erschrecken weit, wenn ein ganzes Volk im eigenen Lande nur noch Hülfe vom Himmel hofft und um diese Hülfe betet, weil es an der Abhülfe von Menschen verzweifelt.

Wir wissen nicht, ob es in jener Gegend wirklich einen katholischen Bauer giebt, der mit so tiefer Erbitterung gegen seine staatliche Obrigkeit und seinen Kaiser spräche. Jedenfalls sind die obigen Worte geeignet, Zorn und Wuth gegen den grausamen „letzterischen" preußischen Staat und sein Oberhaupt in den Herzen aller Derer zu erwecken, welche es lesen und glauben, daß es „dem ganzen katholischen Volk" in Preußen nicht einmal vergönnt sei, nach seinem Glauben zu sterben, obgleich es seine Steuern zahle und sein Vaterland und seinen Kaiser mit Gut und Blut vertheidige.

Es ist allerdings „weit gekommen, zum Erschrecken weit", wenn ein Römling es wagen darf, das Volk unter bewußter Entstellung der Wahrheit also gegen seine Obrigkeit und seinen Kaiser aufzuhetzen, indem er die Schuld des Seelsorgermangels nicht der Hartnäckigkeit der eigenen Kirche, sondern dem verfolgungssüchtigen protestantischen Staat zuschreibt. Was für „Gefühle" mögen es erst sein, die der ultramontane Briefschreiber — ohne Zweifel aus Furcht vor dem preußischen Staatsanwalt — nicht wiedergeben zu dürfen behauptet! Auch wir fühlen „Entrüstung"; aber nicht gegen die preußische Regierung, die in ihrer Versöhnlichkeit fast schon über das Maß des Erlaubten hinausgegangen ist, um den Katholiken die Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse möglichst zu erleichtern, sondern — um im Caplansdeutsch zu sprechen — gegen die „Scharfenpolitik" der römischen Kiesiei, welche den armen katholischen Schafen weiß macht, daß sie ohne Priester nicht „selig sterben" könnten, und sie dann erbarmungslos ohne Seelsorgerischen Beistand hinsterben läßt, um nur nicht ein Titelchen von ihren Herrschaftsansprüchen dem verhaßten preußischen Staat gegenüber aufzugeben. Herr von Puttkamer aber sieht diesem Treiben mit verschränkten Armen zu!

Der Umschwung der öffentlichen Meinung in Griechenland zu Gunsten Deutschlands ist geradezu auffällig. „Telegraphos", das angesehenste Organ Athens, gesteht ganz offen zu, die Haltung des Deutschen Reiches Griechenland gegenüber früher nicht ganz richtig beurtheilt zu haben; bei dieser Gelegenheit schreibt das Blatt über Fürst Bismarck Folgendes: „Er war im letzten Stadium unserer nationalen Frage der wärmste Fürsprecher Griechenlands, und seine Stimme hat am meisten zur bevorstehenden friedlichen Lösung der brennenden Frage beigetragen; seinem Einfluß ist hauptsächlich auch die jetzige rückhaltlose Bereitwilligkeit der Pforte zur Uebergabe des uns zugesprochenen Gebiets zuzuschreiben." Schließlich verurtheilt das Blatt, welches gewöhnlich von der Regierung inspirirt wird, die letzten Angriffe des Hauptorgans von Trikupis, „Nora", gegen Deutschland, zu welchen nur Parteileidenschaft den Oppositionsführer hingerissen haben könne; der „Telegraphos" bemerkt dabei, er sei in den Stand gesetzt, fest zu versichern, daß die Regierung solche Angriffe stets mißbilligt habe. Auch Kemunduros hat wiederholt ähnliche Aeußerungen abgegeben. Die uneigennützige Friedenspolitik Deutschlands findet jetzt im Orient wie im Occident gleiche Würdigung; gewiß ein Triumph der Staatskunst unseres großen Kanzlers!

Die erste Lesung des Unfallversicherungsgesetzes ist denn also in der Commission zu Ende geführt, und der Entwurf trägt die Spuren der schwankend gewordenen Stimmungen, wie sie sich in den letzten Stadien der Berathung unter den Parteien der Rechten und des Centrums geltend gemacht hatten. Die Conservativen wären gern bereit gewesen, die Reichsversicherungsanstalt wieder in das Gesetz hineinzubringen, aber unter Ausschluß der concurrirenden Privatversicherung; die Ultramontanen empfanden Reue, die letztere aufgegeben zu haben, doch hielten sie an den Particularstaatsanstalten fest. Hätten die liberalen Parteien eine Politik der Zerstörung treiben wollen, so war es ihnen ein Leichtes, mit beiden Richtungen in Scheincompromisse zu treten und damit beiden den Boden zu entziehen: sie konnten mit der Rechten die Reichsanstalt und mit dem Centrum die Zulassung der Privatversicherung durchbringen in der sicheren Erwartung, dem Fürsten Bismarck hiermit die Vorlage unannehmbar gemacht zu haben. Daß Dies nicht geschah, wird indeß kaum zu bedauern sein. Im letzten Augenblick haben dann die Mehrheitsparteien unter sich ein Compromiß abgeschlossen, so schwächlicher Natur, daß es in der Geburt schon den Todeskeim trägt und besser als alles Andere zeigt, wie nahe der bereits geschlossene Pact dem Scheitern war. Die Freiconservativen übernahmen die Vermittlerrolle, um das zum Abschwenken bereite Centrum bei der Fahne zu halten. Indem sie durch den Abg. Stumm den Antrag stellen ließen, die Knappschaftscassen neben dem Monopolzwang der Staatsanstalten zuzulassen, kamen sie wenigstens einigermaßen dem Standpunct entgegen, den der ultramontane Freiherr v. Hertling Namens seiner Partei vertreten hatte; die „corporativen Verbände", die beim Centrum eine so große Rolle spielen, haben somit ein gewisses Schattendasein gerettet, doch Fürst Bismarck wird sie für nicht so bedrohlich halten, daß er ihretwegen die Vorlage opfern sollte.

Es entspricht im gegenwärtigen Augenblick nicht ganz den Thatsachen, wenn die Mittheilung verbreitet wird, daß die Debatte über die Zolltarifsnovelle von liberalen Abgeordneten benutzt werden würde, um bei diesem Anlaß Anträge auf Aufhebung der Lebensmittelzölle einzubringen. Allerdings haben unverbindliche Besprechungen in der angegebenen Richtung stattgefunden, und dieselben waren mehr als genügend begründet durch die Thatsache, daß Fürst Bismarck selber von dem so lange streng festgehaltenen Princip abweich, an dem Zolltarif von 1879 nach keiner Seite hin zu rütteln. Wenn man schließlich darauf verzichtete, die Beseitigung der Korn- und Viehzölle ꝛc. zu beantragen, so waren hierfür dieselben Erwägungsgründe wie früher maßgebend, nämlich die Unzweckmäßigkeit jedes derartigen Schrittes bei der jetzigen Zusammensetzung des Hauses.

Der Parteiausschuß der nationalliberalen Partei in Baden ist vor Kurzem zu einer Besprechung zusammengetreten, welche im Wesentlichen den Zweck hatte, die Stellung der Partei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zu erörtern. Ohne ein förmliches Wahlprogramm auszuarbeiten, hat man sich, wie die „N. Z." meldet, bei dieser Besprechung über einige grundlegende Sätze geeinigt. Die Partei will demnach unentwegt festhalten an den noch keineswegs vollständig erfüllten nationalen Aufgaben und bei der Befestigung und Weiterbildung der nationalen Einrichtungen den Reichskanzler treu unterstützen. Sie will mit dem Reichskanzler bestrebt sein, die Selbstständigkeit der Finanzen des Reiches durch Erhöhung der eigenen Einnahmen desselben zu sichern, um dadurch die Einzelstaaten in den Stand zu setzen, nach Entlastung von den bisherigen Matricularbeiträgen ihre eigenen Finanzen selbstständig zu ordnen. Sie setzt aber dabei eine wirkliche parlamentarische Controle bezüglich der Erhebung der Einnahmen voraus, welche die Führer der Partei nur in der Beseitigung der Franckenstein'schen Bestimmung und in der Annahme des Bennigsen'schen Antrags erblicken. Es wurde dabei überhaupt und allgemein als Ziel der Parteithätigkeit hingestellt, den entschiedenen Liberalismus im Gegensatze zu rückwärtszielenden Bestrebungen, deren Vorhandensein ausdrücklich festgestellt wurde, mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Bezüglich der bestehenden socialen Gesetzgebung ist die Partei bereit, diejenigen Lücken auszufüllen, welche auf diesem Gebiete nachgewiesen sind, wobei die Partei einen umfassenden, den Interessen der arbeitenden Classe mehr als bisher Rechnung tragenden Rechtsschutz, eine Förderung und Sicherung der freien Selbstthätigkeit der Einzelnen wie der Genossenschaft der nur dem Nothfalle bezw. der Unzulänglichkeit anderer Mittel vorzubehaltenden Staatshülfe vorzuziehen erklärt. An der Besprechung, bei welcher die Neubildung des badischen Ministeriums von den Parteiführern freudig begrüßt wurde, nahmen die Abgeordneten Bär, Friderich, Fauler, Kiefer, Lamey und Schoch Theil, während der secessionistische Abgeordnete Pflüger fehlte.

Die italienische Nationalpolitik hat ein klägliches Fiasco gemacht und täglich tritt es mehr zu Tage, daß das Cabinet Cairoli sich in der unglaublichsten Weise von Frankreich überlisten ließ und nun auch von England verlassen sein wird. Die Officiösen thun gern, als glaube die Regierung ernstlich an den temporären Charakter der Besetzung und Regentschaft von Tunis. Man beschwichtigt deshalb die öffentliche Meinung. Cairoli, der den König zur Eröffnung der Industrie-Ausstellung nach Mailand begleitet hatte und in Folge der großen Aufregung, welche ihn in den letzten Wochen ergriffen hat, auf Rath der Aerzte einige Tage der Ruhe pflegen wollte auf seinem Landgute in Gropello, ist in aller Eile wieder in Rom eingetroffen. Die Besetzung von Biserta hatte man eben nicht erwartet und steht nun rathlos da vor dem Lande und vor der Kammer, welche noch am 28. und 30. April mit den positivsten Versicherungen über die uneigennützige Absicht Frankreichs beruhigt wurde. Der Zorn gegen Frankreich ist im Lande groß, aber was anfangen ohne Flotte, ohne Heer, ohne Geld und ohne Allianzen, während man mit pochendem Herzen und mit dem Hute in der Hand in Paris die Erlaubniß zur Auflegung des neuen Anlehens von 640 Millionen erwartet? Nie ist die Stimmung Italiens — so wird der „B. Z." aus Rom berichtet — so kleinmüthig gewesen wie eben jetzt. Das „Diritto", der „Popolo Romano", und wie alle die Officiösen heißen, müssen sogar die jährlichen Flottenübungen bei Elba und Gaeta dementiren, um Frankreichs Verdacht nicht zu reizen; auf der anderen Seite bereitet sie langsam die öffentliche Meinung auf die Abberufung unseres Generalconsuls in Tunis vor. Als England den „Monarch" zum Schutze seiner Unterthanen nach Tunis beorderte, ermannte man sich auch im Ministerium zu einer ähnlichen Maßregel. Aber schon am andern Morgen erfolgte eine Widerrufung des Befehls, weil der französische Botschafter de Noailles mißliebige Vorstellungen deshalb gemacht hatte; und Das nennt sich nun — Nationalpolitik!

Das den französischen Kammern mitgetheilte Gelbbuch enthält 233 Depeschen und zerfällt in drei Abtheilungen. Die erste Abtheilung betrifft den Zustand an der algerischen Grenze, die zweite die Schwierigkeiten bezüglich des Schutzes der dortigen Einwohner französischer Nationalität und die dritte die Expedition gegen Tunis bis zum 2. Mai. Das erste Document ist das Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen, Barthélemy St. Hilaire, in welchem die allgemeine Politik Frankreichs in Tunis, sowie die Gründe und der Zweck der gegenwärtigen Expedition dargelegt werden. Der Inhalt desselben ist an anderer Stelle näher dargelegt.

Die Schwierigkeiten, mit welchen der neue Zar zu kämpfen hat, scheinen seine Thatkraft bedenklich zu lähmen und das jüngst in Aussicht genommene Reformwerk ad calendas graecas, d. h. ins Ungewisse hinauszuschieben. „Wie soll ich regieren, wenn alle meine Beamten käuflich sind!" soll der Kaiser verzweiflungsvoll ausgerufen haben, als er erfuhr, daß die Anklageacte im letzten politischen Proceß der Kaisermörder in aller Leute Hände war und in London und Wien in einigen Zeitungen sogar gedruckt vorlag, bevor noch der Proceß begonnen. Das ist die Frucht des alten Regimes, und mit diesem Regime muß endlich gebrochen werden, wenn von Rußland ein Aufschwung erwartet werden soll. Aber es soll, wie die „Nat.-Ztg." aus Petersburg meldet, zunächst Alles beim Alten bleiben. Es scheint gewiß, daß an den Erlaß einer Verfassung nicht zu denken ist; Alexander III. will die Pfade seiner Väter weiter wandeln. Aber der Zar ist entschlossen, die Mißstände, welche in der Administration sowie in der Finanzverwaltung zu Tage getreten sind, durch entsprechende Reformen zu beseitigen. Darauf wird sich das „liberale" System beschränken, dessen Einführung man neuerdings in Aussicht stellt. Als Hauptvertreter desselben gilt Graf Loris Melikow, der gegenüber den hemmenden Einflüssen, welche die Entschließungen des Kaisers verzögerten, mit seinem Rücktritt gedroht und dadurch die kaiserliche Sanctionirung seines „liberalen" Programms erreicht hat. Außer diesen administrativen Reformen steht auch ein umfassender Wechsel in den höchsten Staatsämtern bevor, welche, wie es heißt, vorwiegend mit Persönlichkeiten besetzt werden sollen, die sich auch seitens der europäischen Cabinete eines besonderen Vertrauens erfreuen. Eine für die militairischen Kreise besonders erfreuliche Reform hat bereits die kaiserliche Sanction erhalten: fortan kann sich der russische Officier und Militairbeamte den Bart so lang wachsen lassen, wie es ihm beliebt. Diese hochwichtige Neuigkeit passirte unbeanstandet die Petersburger Censur und so konnte der dienstbeflissene Telegraph der erstaunten Welt davon Kunde geben. Welch einen Blick in die russischen Verhältnisse gewährt es, wenn angesichts der drohenden staatlichen und socialen Revolution, wenige Wochen nach einer Katastrophe wie die vom 13. März, der Regierungstelegraph dazu benutzt werden kann, um die Welt mit einer Barterordnung für die russische Armee zu überraschen! Die Nihilisten lachen sich natürlich ins Fäustchen ob des Beginnes des großen Reformwerkes.

Man hatte allgemein bisher geglaubt, Fürst Gortschakoff werde unmittelbar nach der Feier seines 25jährigen Reichskanzler-Jubiläums auch förmlich von dem Posten eines russischen Vicekanzlers scheiden, den er in den letzten Jahren

13 Cm